Die Gewerkschaften müssen sich vereinen

Autor(en): **Thommen, Heinz**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **84 (1992)**

Heft 1

PDF erstellt am: **20.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-355382

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

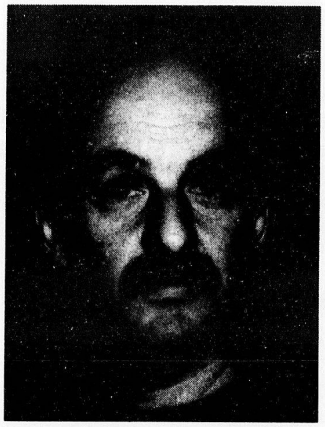
Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Die Gewerkschaften müssen sich vereinen

Nein, Betriebsverträge sind nicht erwünscht. Erstens fehlt dazu eine echte Mitbestimmung. Zweitens sind in den Klein- und Mittelbetrieben die Betriebskommissionen zu stark von den Arbeitgebern abhängig. Drittens wären die Gewerkschaften überfordert, unzählige Betriebsverträge auszuhandeln. Dagegen gilt: die Gewerkschaften müssen ihr enges Verbandsgrenzendenken über Bord werfen.



Von Heinz Thommen, Zentralsekretär der GDP

Die zunehmende wirtschaftliche Verschlechterung sowie die bevorstehende Integrierung der Schweiz in den EWR und später in die EG haben massgebende Wirtschafts-Apostel zum Anlass genommen, der arg geschüttelten Schweizer Wirtschaft eine neue «wirtschaftspolitische Ordnung» anzubieten. Mit ihrer nicht zu unterschätzenden wirtschaftlichen Macht versuchen diese schlauen Wirtschaftsstrategen, den Lohnabhängigen «weniger Staat», den Unternehmern dafür um so mehr Freiheiten zu verkaufen. Dass sie dabei bisweilen frühkapitalistisches Gedankengut übernehmen, mag von ihren erneuerten, liberalen Denkmustern beeinflusst sein – es ist jedoch voll beabsichtigt. Keine noch so hart erkämpfte soziale Errungenschaft ist dabei vor ihrem unbändigen Erneuerungsdrang sicher. So setzen sie sich mit schier missionarischem Eifer für die Flexibilisierung der Arbeitswelt ein, wo es weder eine Begrenzung der Arbeitszeit noch eine Indexierung der Löhne und Renten geben soll. Selbstverständlich verschweigen sie absichtlich, dass gerade eine solche Wirtschaftspolitik beispielsweise in den USA unter Ronald Reagan und in Grossbritannien unter Margaret Thatcher zum Kollaps und zum sozialen Abbau geführt hat.

Die Gewerkschaften wissen um diese gefährlichen Versuche zur Demontage, und ebensowenig ist ihnen entgangen, dass sich die sozialpolitische Landschaft der Schweiz im Umbruch befindet. In der Folge wurden je nach den spezifischen Bedürfnissen der Verbände verschiedene Szenarien durchgespielt und Gegenstrategien entwickelt; der entscheidende, längst fällige Durchbruch ist aber bis jetzt noch nicht gelungen. Ist es vielleicht die Angst vor den sich abzeichnenden Veränderungen, die die Kreativität lähmt? Oder sitzen viele Gewerkschaften in ihrem eigenen Netz von Strukturen fest, das sie sich für die eigenen Bedürfnisse geknüpft haben? Ich glaube, beide genannten Faktoren behindern massgeblich die notwendige Umkehrung der gewohnten Defensivpolitik der Gewerkschaften in eine offensive Strategie, die nach vorn, in die Zukunft, gerichtet ist!

«Die Einzelgewerkschaften haben einen Teil ihrer Zuständigkeiten an den SGB abzutreten.»

Vielen Gewerkschaften fehlt offensichtlich der innovative Pioniergeist. In Zeiten der Vollbeschäftigung, wo materielle Verbesserungen im Vordergrund standen, hegten und pflegten viele Arbeitnehmerorganisationen ihr eigenes blühendes Gärtlein. Die steigenden Mitgliederzahlen bestärkten die Funktionäre im Glauben, die arbeitnehmerfreundlichste Politik betrieben zu haben.

Die «konsumfreundlichen» Gesamtarbeitsverträge brachten zudem eine beträchtliche Zunahme an Dienstleistungen mit sich, wobei etliche Gewerkschaftszentralen an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit stiessen.

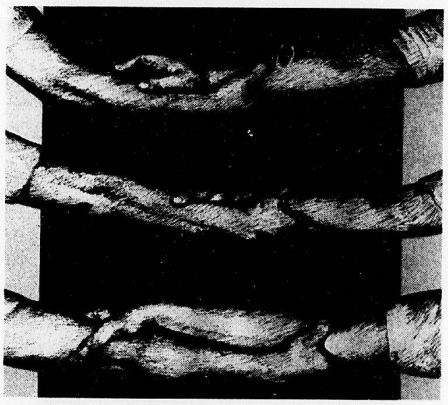
Die unumgängliche Einführung der EDV hatte einen raschen und starken Anstieg der Verwaltungskosten zur Folge.

Anstatt sich frühzeitig über Möglichkeiten branchenspezifischer, administrativer Zusammenarbeit Gedanken zu machen, baute man – ganz im Sinne gut schweizerischer, föderalistischer Tradition – den eigenen Verwaltungsapparat womöglich noch mehr aus, um ja die Selbständigkeit in seinem Sektor zu wahren. Und doch ist anzunehmen, dass die gutausgebauten Informatikzentren der drei grössten SGB-Gewerkschaften problemlos sämtliche Daten der übrigen SGB-Verbände verarbeiten könnten. Durch eine verwaltungstechnische Rationalisierung könnten einerseits namhafte Mitgliedergelder eingespart, andererseits gewisse Berührungsängste abgebaut werden, was mittelfristig zu einem Zusammenschluss gleichgelagerter Verbände, insbesondere innerhalb desselben Industriesektors, führen könnte.

Die jüngste, von Konflikten geprägte Vergangenheit zeigt drastisch, dass die Gewerkschaften durch die aggressive Politik der Unternehmer gezwungen werden, sich wieder auf ihre traditionellen Kampfmittel zu besinnen. Einige Stichworte zu dieser Arbeitgeberpolitik: Tribune de Genève, Baumwollindustrie, Nicht-mehr-anerkennen-Wollen der Gesamtarbeitsverträge, Aushandeln von Einzelarbeitsverhältnissen auf Betriebsebene u. a. m.

Alle diese Versuche, die Gesamtarbeitsverträge auszuhöhlen und damit die traditionellen Vertragspartnerschaften zu zerstören, konnten von den einzelnen

Gewerkschaften bisher nur zum Teil vereitelt werden, und dabei müssten meines Erachtens alle Gewerkschaften grösstes Interesse an der Erhaltung von gesamtarbeitsvertraglichen Regelungen haben. Denn erstens kann einer Verlagerung auf die betriebliche Ebene überhaupt erst eine Chance eingeräumt werden, wenn wir in der Schweiz ein echtes Mitbestimmungsgesetz kennen, und zweitens besteht die Schweizer Industrie vorwiegend aus Klein- bis Mittelbetrieben, in denen – wenn überhaupt vorhanden – die Betriebskommissionen sehr stark von den Arbeitgebern abhängig sind, und drittens wären die meisten Gewerkschaften von ihrer Organisationsstruktur her ganz einfach überfordert, wenn sie unzählige, differenzierte Betriebsverträge ausarbeiten müssten.



Den gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern garantiert der Gesamtarbeitsvertrag gerade in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten ein Minimum an Sicherheit. Er regelt die Arbeitsbedingungen je nach Branche und ist daher ein flexibleres Instrument als der Einzelarbeitsvertrag auf Betriebsebene.

Bei der Entwicklung unserer Gegenstrategien müssen wir davon ausgehen, dass uns der Kampf gegen Deregulierung und sozialen Abbau von radikalisierten Elementen der Wirtschaft aufgezwungen wurde. Von diesem von oben diktierten Klassenkampf sind sämtliche Gewerkschaftsbewegungen betroffen. Darum gilt es primär, das Tun besagter «Heilsbringer der schweizerischen Wirtschaft» rechtzeitig zu stoppen. Dies wird nur gelingen, wenn wir dem massiven Angriff mit einer ebenso offensiven Lobby von vereinten Gewerkschaften begegnen können. Dabei müssen liebgewonnene Einzelinteressen zugunsten des Allgemeinwohls in den Hintergrund treten. Der Weg zu einer Reformierung verkrusteter Strukturen mag schmerzvoll sein, ist aber unvermeidlich, wollen wir ernsthaft verhindern, dass die Gewerkschaftsrechte immer mehr beschnitten werden. Dabei werden wir unter Umständen sogar unsere bisherige Identität in Frage stellen müssen, um zu einer neuen zu gelangen.
Die Mitglieder der Gewerkschaften müssen offen über die Absichten gewisser Unternehmerkreise informiert werden. Sie werden verstehen, dass die Verteidigung der gesamtarbeitsvertraglichen Regelungen unbedingten Vorrang haben muss. Ebenso werden sie nachvollziehen können, dass einer Arbeiter/Arbeiterinnen-Bewegung, die ihre gewerkschaftlichen Interessen verteidigen will, nach einer Phase erfolglosen Suchens nach gangbaren Lösungen nichts anderes übrigbleibt als die aufgezwungene Konfrontation.

Wollen wir Bestehendes absichern, um auch in Zukunft fortschrittliche Gesamtarbeitsverträge zu erreichen, müssen wir die Friedenspflicht neu definieren. Die jüngste Vergangenheit hat jedenfalls sichtbar gezeigt, dass jene Tendenzen in unserem Land mit letzter Energie bekämpft werden mussten, die darauf abzielten, die Gesamtarbeitsverträge zum Verschwinden zu bringen oder sie zumindest auszuhöhlen. Dieser Kampf muss auf allen Ebenen weitergeführt werden. Die einzelnen Verbände sind aufgerufen, enger zusammenzurücken und ihre Aktionen besser zu koordinieren. Dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) müssen in naher Zukunft mehr Führungskompetenzen als bis anhin eingeräumt werden, damit die Dachorganisation vermehrt politische Verantwortung übernehmen kann. Dies bedingt natürlich, dass die Einzelgewerkschaften einen Teil ihrer Macht und ihrer Zuständigkeiten an den SGB abtreten. Nur so kann der grösste gewerkschaftliche Dachverband der Schweiz eine führende Position einnehmen, von der aus er wirkungsvoll koordinieren und Anordnungen treffen kann. Die meisten Gewerkschaften sind zu Gesprächen bereit.

«Dem massiven Angriff kann nur eine ebenso offensive Lobby vereinter Gewerkschaften begegnen.»

«Und so sitzen viele Gewerkschaften in einem Netz von Strukturen fest, das sie nur für ihre eigenen Bedürfnisse geknüpft haben.»

Diese Schritte sollten indessen von der Gegenseite nicht als Schwäche ausgelegt werden, sondern vielmehr als Warnung, eine Auseinandersetzung um jeden Preis zu suchen. Sollte sich aber die allgemeine Abbau-Hysterie steigern, so müssten sich einige Vertreter radikaler Massnahmen auf der Arbeitgeberseite den Vorwurf gefallen lassen, durch ihre aggressive Politik der Deregulierung und des sozialen Abbaus einen Arbeitskampf provoziert zu haben.

Ich glaube, die Zeit ist reif – den ausgiebigen Diskussionen und strategischen Überlegungen sollten endlich mutige Taten folgen.